

Antragsbereich S / Antrag S10

AntragstellerInnen: Bezirk Niederbayern

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Empfänger: BayernSPD-Landesgruppe der BTF

Bundesparteitag Landesparteitag Landtagsfraktion

S10: Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land – auf allen Ebenen!

Das Bestreben, in Stadt und Land gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, zeichnet unsere Partei seit jeher aus. Dies bezieht sich insbesondere auch auf die medizinische Versorgung, die in ländlichen Regionen ebenso gut sein muss wie in größeren Städten.

Leider ist dies in vielen Fällen nicht gegeben. Besonders betrifft dies die gynäkologische Versorgung von Frauen. In einem Umkreis von 200 km um die Stadt Passau herum, sowie in mehreren ländlichen Regionen in ganz Deutschland ist es für Frauen nicht möglich, einen Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregel durchzuführen und dabei von einem*einer zu- und niedergelassenen Arzt*Ärztin betreut zu werden. Betroffene müssen in einer physischen und psychischen Ausnahmesituation oft mehrere Stunden in eine fremde Stadt fahren, um in einem Klinikum oder einer Praxis behandelt zu werden.

Wir fordern die gewählten Vertreter*innen der

SPD dazu auf, sich für eine konkrete Verbesserung
25 der gynäkologischen Versorgung hinsichtlich von
Schwangerschaftsabbrüchen insbesondere in ländli-
chen Regionen einzusetzen.

Dabei sind zwei Anmerkungen von besonderer
30 Wichtigkeit: Zum einen geht es hier nicht um die
Entscheidung, ob Schwangerschaftsabbrüche mora-
lisch zu vertreten sind oder nicht. Es geht vielmehr
darum, geltendes Recht – nämlich die Straffreiheit
von Schwangerschaftsabbrüchen – für alle Frauen
35 unabhängig von ihrem Wohnort zugänglich zu ma-
chen. Zum anderen geht es darum zu verstehen,
dass ungewollt Schwangere auch bei Verboten oder
in schlechten medizinischen Versorgungslagen – wie
dies etwa in Passau der Fall ist – ihre Schwanger-
40 schaften beenden. Dies zeigen Zahlen aus Ländern,
in denen dies gänzlich verboten ist. Sie tun dies
dann mithilfe unsicherer und teils lebensgefährlicher
Methoden und Medikamente. Es geht in der vorlie-
genden Forderung also auch darum, Letzteres zu
45 verhindern und gleichwertige, rechtssichere Bedin-
gungen zu schaffen.

50